

Beschluss des Stadtparteitages am 15. September 2012

# Leitsätze für eine GRÜNE-Haushaltspolitik in Dresden

Vorgelegt vom AK Haushalt & Finanzen (Andrea Schubert, Michael Schmelich, Valentin Lippmann, Torsten Hans)

## Transparenz, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung

*Die Ansprüche an eine GRÜNE Finanz- und Haushaltspolitik sind hoch: Sie muss solide sein und darf keine unhaltbaren Versprechungen machen. Sie soll Raum zur politischen Gestaltung lassen und darf nicht im engen Gewand des strengen Kassenwirts daher kommen. Sie muss einen Beitrag zur Überwindung der sozialen Schieflage, der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft und zur internationalen Gerechtigkeit leisten – und das in einem ehrgeizigen Rahmen aus Schuldenbremse und europäischen Stabilitätskriterien. Grüne Finanz- und Haushaltspolitik ist wirtschaftlich vernünftig und ist ausgerichtet an den Zielen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.*

(Beschluss 33. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Kiel, 25.-27. November 2011)

### Ausgangslage

Die Finanzpolitik des Bundes und auch des Freistaates war und ist darauf ausgerichtet, den Kommunen zunehmend Pflichtaufgaben zu übertragen, ohne die entsprechende Finanzmittel bereit zu stellen. Das zeigt sich in vielen Bereichen der Sozial- und Gesellschaftspolitik (KdU, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, Schulbau etc.)

Das Abschmelzen der kommunalen Finanzkraft hat viele Städte und Landkreise an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht. Auch 22 Jahre nach der Vereinigung steht die Wirtschaft- und Finanzkraft der ostdeutschen Gebietskörperschaften deutlich hinter der vergleichbarer Kommunen und Landkreise in den alten Bundesländern zurück. Ohne die Mittel aus dem Solidarpakt wären Länder und Kommunen in Ostdeutschland nicht handlungsfähig. **Ohne eine stärkere Bundesbeteiligung an den – insbesondere sozialpolitischen – Pflichtaufgaben der Kommunen ist eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik der Kommunen nicht möglich.**

Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des Anspruches, dass Kommunen mehr sind, als nur die Erfüllungsgehilfen übergeordneter Entscheidungsträger. Beim sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft und auch bei der Energiewende kommt den Gemeinden und Kreisen eine wichtige Gestaltungskompetenz zu. Auf der kommunalen Ebene sind zentrale Weichenstellungen z.B. bei Klimaschutz und –Klimafolgenbewältigung oder in der Mobilitäts- und Stadtentwicklungspolitik erforderlich. Dazu ist eine höhere Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen von Bund und Land unverzichtbare Voraussetzung.

Darüberhinaus müssen aber auch die kommunalen Möglichkeiten eines effizienten Mitteleinsatzes und von Einnahmeverbesserung ausgeschöpft werden.

Auch die europäische Finanzkrise wird entscheidende Auswirkungen auf die kommunale Haushaltspolitik haben. Das bewusst in Kauf genommene Inflationsrisiko zur Finanzierung der Schuldenkrise stellt neue Risiken und Herausforderungen für die kommunalen Finanzen dar. Die mit der Finanz- und Eurokrise verbundenen erhöhten Gefahren einer Rezession könnten drastische Auswirkungen auf die Einnahmesituation der öffentlichen Hand haben.

### Dresden

Seit 1991 wurden in Dresden die Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen stets entweder durch Kredite finanziert oder durch das Abschmelzen von Rücklagen, die durch den Verkauf des städtischen Tafelsilbers (WoBa) geschaffen wurden. Zwar wurden diese Finanzmittel teils auch für Investitionen verwendet, aber diese waren falschen politischen Prioritäten unterworfen und daher überwiegend nicht nachhaltig.

## **Grüne Haushaltspolitik in Dresden orientiert sich deshalb an dem Grundsatz:**

Eine nachhaltige Finanzwirtschaft ist die Grundlage für eine stabile und generationengerechte Entwicklung des Gemeinwesens. Sie ist die Voraussetzung und Grundlage dafür, dass nachhaltige Stadtentwicklungs-, Sozial- und Umweltpolitik betrieben werden kann. Ein auf Schulden aufgebautes Gemeinwesen ist nicht in der Lage, eine mittel- und langfristig wirksame Kommunalpolitik zu gestalten, weil die notwendigen finanziellen Ressourcen nicht oder nicht stetig zur Verfügung gestellt werden können. **Die eigene Finanzkraft ist deshalb Maßstab politischen Handelns. Investitions- und Ausgabenentscheidungen haben sich daran zu orientieren, ob die Folgekosten aus den Einnahmen gedeckt werden können.**

### **Dieses Ziel ist für Dresden nur zu erreichen wenn**

1. eine Umsteuerung der Ausgaben erfolgt. Statt in Beton und eine „vor allem“ autofreundlichen Stadt zu investieren, brauchen wir eine städtebauliche Prioritätensetzung, die „die Rückeroberung Dresdens durch seine Bürger“ zum Ziel hat. Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger ist dabei überwiegend durch ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sicher zu stellen. Wir fordern daher als ersten Schritt ein Straßen-Neubau Moratorium.
2. der Mythos von der angeblichen Schuldenfreiheit Dresdens endlich von einer realistischen und seriösen Analyse der tatsächlichen Situation unter Einbeziehung aller Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe abgelöst wird. (Das formale Schuldenverbot der LHD treibt immer neuere Blüten, in dem selbst fehlende Mittel für den laufenden Geschäftsbetrieb in Kassenkrediten von Eigenbetrieben versteckt werden). Dresden braucht endlich eine vollständige Umsetzung der doppischen Haushaltsführung mit einer echten Eröffnungsbilanz.
3. bei allen Entscheidungen die Folgekosten berechnet und beachtet sowie Einsparpotenziale geprüft werden. Die absehbaren Steigerungen bei den Energiekosten erfordern eine Gegensteuerung durch innovative Finanzentscheidungen. Energiecontracting- und –intracting sowie das Bauen mit höchst denkbarem Energiesparstandard muss sich nicht an vorhandenen Finanzmitteln orientieren, sondern an den ökologischen und ökonomischen Wirkungen einzelner Maßnahmen. Investitionen zu Energieeinsparungen, die sich praktisch selbst finanzieren, sind nicht aus Eigenmitteln zu finanzieren. Deshalb ist die Hauptsatzung des LHD entsprechend zu ändern.
4. drastische Veränderungen im Investitionsmanagement (Controlling und Umsetzung von Baumaßnahmen) vorgenommen werden. Ziel dabei muss es sein, bei Investitionsmaßnahmen realistische zu erwartende Kosten zum Ansatz zu bringen und ein Planungs- und Controllingmanagement zu installieren, das endlich mit der allgemeinen Praxis Schluss macht, dass Investitionsetats „grundsätzlich“ nicht eingehalten werden. Verzögerungen bei der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen führen zudem zu inflationsbedingten Preissteigerungen. Die Übertragung von Baumaßnahmen an die städtische Tochtergesellschaft STESAD ist bei der Realisierung dieses Ziels eine wichtige Option.
5. Einsparungen in der Verwaltung durch Umorganisation und Entbürokratisierung realisiert werden. Dresden braucht dafür eine echte Verwaltungsmodernisierung, die mit einer umfassenden Aufgaben- und Ausgabenkritik verbunden sein muss. Die etablierten Verwaltungsstrukturen müssen dahingehend überprüft werden, ob sie den aktuellen Anforderungen an die Verwaltung noch genügen.
6. neue Finanzierungsmöglichkeiten unter strikter Berücksichtigung der Folgekosten für den Schulbau erschlossen werden können. Die Entwicklung eines Schulbautyps „Dresden“ und die Möglichkeiten der Kooperation mit Investoren sind dabei zwei denkbare Optionen. Außerdem muss sich der Freistaat stärker an der Finanzierung neuer Schulkapazitäten beteiligen (schließlich war es die sächsische Staatsregierung, die Dresden noch bis vor kurzem dazu gezwungen hat, Schulkapazitäten abzubauen). Sowohl für den Schul- als auch den Kita-Neubau gilt es die zukünftige demografische Entwicklung zu beachten. Daraus ergibt sich teilweise eine kürzere Nutzungsdauer für den eigentlichen Zweck. Gleichzeitig sind spätere altengerechte oder andere soziale Nachnutzungen schon heute zu berücksichtigen.

7. nicht der billigste Anbieter bei öffentlichen Auftragsvergaben zum Zuge kommt. Eine verantwortungsbewusste kommunale Finanzpolitik muss bei Produkten die Lebenszyklusberechnungen berücksichtigen, sowie gesellschaftliche Folgekosten, Menschenrechts- und Gerechtigkeitsgrundsätze beachten
8. Einnahmeverbesserungen erzielt werden. Gerade aufgrund der sinkenden Solidarpaktmittel ist die Stärkung der eigenen Finanzkraft erforderlich. Konsequente Wirtschaftsförderung zukunftsfähiger Unternehmen (Industrie, Handwerk und Handel) sind dazu eine ebenso wichtige Voraussetzung wie die Stärkung der Wirtschaftskraft im Bereich des Tourismus und der Kreativwirtschaft. Trotz des aktuellen Bundesverwaltungsgerichts-Urteils zur so genannten Bettensteuer halten wir daher an der Einführung einer gesetzeskonformen Tourismusabgabe (auch zur Finanzierung der beschlossenen Kulturprojekte) fest. Alle kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten der Einnahmeverbesserung sind letztendlich immer wieder zu überprüfen (Eintrittsgelder, Gebühren, Gewerbesteuer, Grundsteuer). Ein Verkauf oder Teilverkauf städtischer Unternehmen, deren Gewinne zur Querfinanzierung öffentlicher Aufgaben (z.B. ÖPNV) eingesetzt werden können, sind kategorisch abzulehnen (DREWAG, ENSO).
9. die sozialen Herausforderungen, die auf Dresden durch den zu erwartenden Wohnungsmangel und den demografischen Wandel zukommen, nachhaltig in Angriff genommen werden. Dazu gehören z.B. Instrumente zur Steuerung des Angebotes sozialen Wohnraums, die eine deutliche Verteuerung der Kosten der Unterkunft aus Haushaltsmitteln verhindern. Eine innovative Sozialsteuerung, die präventiv wirkt, dient nicht nur dem Ziel einer menschlicheren Gesellschaft, sondern hilft auch, „soziale Reparaturkosten“ zu sparen. Letztendlich werden aber nicht alle notwendigen Angebote durch die Stadt selber und freie Träger erbracht werden können. Die Stärkung der Bürgergesellschaft und ehrenamtlichen Engagements sind auch Teil einer zukunftsfähigen Haushaltspolitik. Leistungsfähige Angebote in der Gesundheitsversorgung sind eine öffentliche Aufgabe. Eine Privatisierung der städtischen Krankenhäuser lehnen wir deshalb strikt ab. Auch unter den schwierigen Bedingungen der gegenwärtigen Krankenhausfinanzierung ist allerdings das Betreiben der Krankenhäuser ohne Zuschüsse aus der Stadtkasse möglich. Notwendige Investitionsmittel müssen dazu sowohl vom Land als auch der Stadt bereit gestellt werden. Soweit sie refinanzierbar sind, darf eine Mittelbereitstellung nicht am Schuldenverbotspostulat scheitern. Eine Ausgliederung der städtischen Schwimmbäder an ein städtisches Eigenunternehmen darf kein Tabu sein.
10. Haushaltspolitik endlich transparent wird. Die Pseudobürgerinformationen des Finanzbürgermeisters ersetzen keinen „echten“ Bürgerhaushalt. Die GRÜNEN fordern deshalb einen interaktiven Bürgerhaushalt für die LHD Dresden, der trotz anderslautender Beschlüsse bisher nicht zustande gekommen ist. Das Jonglieren mit Haushaltsresten und die Weigerung Einnahme- und Ausgabeänderungen in ordentlichen Nachtragshaushalten zu beraten widerspricht dem Transparenzziel. Wir halten daher weiterhin an unserer Position fest, dass eine echte Haushaltssteuerung durch den Stadtrat als gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger nur mit jährlichen Haushaltsberatungen erreicht werden kann. Außerdem müssen schleunigst in der LHD die Anforderungen der Doppik (doppelte Buchführung) umgesetzt werden. Mit ihr sollen insbesondere auch Folgekosten und eine realistische Vermögensbilanz deutlich werden.